

Inzidenz steigt auf 58,9

Kreis Lörrach. Dem Gesundheitsamt 17 Neuinfektionen gemeldet. Die Sieben-Tage-Inzidenz steigt damit leicht auf 58,9 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner.

Derzeit befinden sich 30 Personen aus dem Landkreis mit Covid-19-Infektion in Krankenhäusern innerhalb und außerhalb des Landkreises. Davon werden vier Personen intensivmedizinisch versorgt, beatmet werden muss momentan keine der Personen. Die Zahl der positiven Testergebnisse mit der Virus-Mutation N501Y liegt mittlerweile bei 173. Seit gestern wurden weitere zwölf Personen aus der Quarantäne entlassen. Die Zahl der engen Kontaktpersonen, die sich in Quarantäne befinden, liegt aktuell bei 294. Insgesamt haben sich seit Beginn der Pandemie 7441 Menschen aus dem Landkreis mit SarsCoV-2 infiziert, von denen insgesamt 6937 wieder als genesen gelten. 241 Personen sind seit Beginn der Pandemie im Zusammenhang mit Covid-19 verstorben.

Energiewende im Fokus

Kreis Lörrach. Der Grünen-Landtagsabgeordnete Josha Frey lädt für Dienstag, 9. März, 17 Uhr, zu einem FreyGespräch zum Thema „Wie Energiewende gelingen kann“ ein. Gemeinsam mit Jutta Niemann, energiepolitische Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion, und Sebastian Sladek, Vorstand der EWS Elektrizitätswerke Schönau, wird er über die Energiewende diskutieren. Interessierte können das Gespräch auf Youtube verfolgen: www.josha-frey.de/events

Telefonieren mit Hoffmann

Kreis Lörrach. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Christoph Hoffmann hält am Montag, 8. März, ab 18.30 Uhr die nächste telefonische Bürgersprechstunde ab. Der Politiker ist unter Tel. 07624/916789 erreichbar.

Zickenheiner antwortet

Kreis Lörrach. Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Gerhard Zickenheiner lädt interessierte Bürger für Samstag, 6. März, von 19 bis 20 Uhr zu einer Telefonsprechstunde ein. Er ist erreichbar unter Tel. 07621/9490471.

Bei Kontaktrückverfolgung helfen

BaWüCheck I | Soldaten der Deutsch-Französischen Brigade unterstützen das Lörracher Gesundheitsamt

Laut einer Allensbach-Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen attestieren 54 Prozent der Teilnehmer der Landesregierung ein gutes oder sehr gutes Corona-Krisenmanagement. Das Lörracher Gesundheitsamt setzt dabei auch auf die Hilfe der Soldaten der Deutsch-Französischen Brigade. Sie unterstützen das Team bei der Kontaktrückverfolgung.

■ Von Denis Bozbag

Kreis Lörrach. „Wichtig ist, dass jeder positive Corona-Fall vom ersten Anruf an bis zur Ermittlung aller seiner möglichen Kontakte vom selben Soldaten betreut wird. Bei einer Person waren es mehr als 90 Kontakte“, erklärt Oberfeldwebel Marvin Hack, Instandsetzungsfeldwebel des Deutsch-Französi-



Oberfeldwebel Marvin Hack (vorne) und Stabsgefreiter Dennis Reperich helfen derzeit zusammen mit 18 weiteren Soldaten dem Lörracher Gesundheitsamt bei der Kontaktrückverfolgung. Foto: zVg/Bundeswehr/Andreas Keck

schen Versorgungsbataillons und Kfz-Mechatroniker, im Gespräch mit unserer Zeitung. Er koordiniert den Einsatz der Soldaten des Bataillons im Lörracher Gesundheitsamt. Erste Erfahrungen im Katastrophenschutz sammelte Hack während der Flüchtlingskrise 2015 beim Aufbau der Erstaufnahmestationen an der deutsch-österreichischen Grenze.

Der 26-Jährige betont: „Die Mehrheit reagiert zwar mit Verständnis auf die Quarantäne-Anordnung. Gleichwohl bedeutet sie, für zehn bis 14 Tage zuhause ausharren zu müssen.“ Damit schütze man andere vor einer Ansteckung mit dem Coronavirus und leiste einen gesamtgesellschaftlichen Beitrag zur Pandemiebekämpfung, auch wenn diese Anstrengung einen großen Einschnitt in die Lebensgewohnheiten der Menschen darstelle.

Bei den neuen Virusmutanten, die als ansteckender gelten, nehme die Ermittlung aller Kontakte der Kategorie I und II im Schnitt jetzt oft mehr Zeit in Anspruch, erklärt Corina Kübler aus dem Fachbereich Jugend und Familie. Sie ist zusammen mit ihrer Kollegin Maria Braisz die Teamleiterin Bundeswehr. „Zu Beginn ihres Einsatzes im November hatten wir zehn Bundeswehrosoldaten zur Unterstützung für das Team im Gesundheitsamt eingearbeitet. In der Hoch-

phase der zweiten Pandemie-Welle vor Weihnachten stieg diese Zahl auf bis zu 30 junge Männer an. Derzeit liegen wir bei 20 Soldaten, die sich in zwei Kontingenten im Zwei-Wochen-Rhythmus bei der Arbeit abwechseln.“

Stabsgefreiter Raphael Aenis, IT-/Fernmeldesoldat im selben Versorgungsbataillon, hat im Gespräch mit den Betroffenen viel über ihre Sorgen erfahren. „Ich habe zudem gelernt, feinfühler beim Gespräch mit den Menschen zu werden.“ Positive Rückmeldung erhalte er von den Mitbürgern auf der Straße oder in der Mittagspause vor dem Dönerstand. „Uns Soldaten in der Uniform schlägt große Dankbarkeit

für unseren Einsatz entgegen. Das motiviert mich umso mehr, weiter positiv nach vorne zu blicken.“

Die Deutsch-Französische Brigade wurde auf Initiative von Helmut Kohl und François Mitterrand 1989 aufgestellt. Sitz des Stabes der über 5000 Mann starken binationalen Infanteriebrigade ist Müllheim. Sie unterstützt seit vergangem Jahr im Zuge der Corona-Amtshilfe nicht nur die Gesundheitsämter der Landkreise bei der Kontaktrückverfolgung, sondern auch die Kreisimpfzentren, die Teststationen an den Grenzen sowie die Alten- und Pflegeheime im Land bei der Durchführung der Corona-Schnelltests.



„Niemand blickt mehr richtig durch“

BaWüCheck II | Meinungen der Landtagskandidaten zu Corona-Politik und Krisenmanagement

Kreis Lörrach (wer). In den vergangenen Wochen ist die Anerkennung für das Krisenmanagement der Politik auf Bundes- wie auf Länderebene gesunken, wie aus einer jetzt veröffentlichten Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach hervorgeht.

Auf Bundesebene überwiegt mittlerweile sogar die Kritik am Krisenmanagement der Regierung. In Baden-Württemberg fällt die Bilanz der Bürger derzeit noch positiv aus. Immerhin 54 Prozent attestieren der Landesregierung gute oder sogar sehr gute Arbeit, 37 Prozent äußern sich indes kritisch. Doch was sagen die Landtagskandidaten zu Corona-Politik und Krisenmanagement?

Für Dubravko Mandić (AfD) ist die Politik „eine ganz große Frechheit“. Dem Freiburger Rechtsanwalt täten die Beamten leid, die „all diesen Unsinn“ umsetzen müssten. Die Bürger wüssten überhaupt nicht mehr, wann wo was gelte. Es sei auch juristisch eine absolute Ausnahme-situation. „Niemand blickt mehr richtig durch.“

Christof Nitz (CDU) verortet die größten Fehler im Krisenmanagement der grün-schwarzen Landesregierung in der Umsetzung der Impfstrategie. „Regional gibt es zu große Differenzen und zu lange Wartezeiten“, sagte der Christdemokrat diese Woche im Interview mit unserer Zeitung. Gleichwohl sei es der Landesregierung

gelingen, die Schutzmaßnahmen immer auf das jeweilige Infektionsgeschehen abzustimmen.

Aus Sicht der Liberalen brauche das Land Perspektiven, „und zwar jetzt, und nicht erst in ein bis zwei Monaten“, erklärt Felix Düster. Es brauche andere Lösungen als „Wir bleiben zu Hause“. Das sei im Frühjahr 2020 noch eine gute Idee gewesen, ein Jahr später sei diese aber angesichts von Impfstoffen, Schnelltests und ausgeklügelten Hygiene-Konzepten überlegen.“

Jonas Hoffmann (SPD) erklärte gestern, dass er auf Bundesebene bei allen Partei-

en mutige, funktionierende und zugleich wissenschaftlich fundierte Konzepte, wie unser Alltag mit der Pandemie funktionieren kann, vermisste. Mit Blick auf das Krisenmanagement der Landesregierung bedauert Hoffmann, dass gerade ältere Menschen bei der Impfmeldung so allein gelassen wurden. Andere Bundesländer hätten das von Anfang an weitaus besser gelöst und die Verantwortung nicht einfach an Ehrenamtliche abgeschoben, erklärt der SPD-Politiker.

Dass es gelungen sei, die Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems erhalten zu können, betonte derweil Josha Frey (Grüne). Und weiter: „Eine behutsame, an das je-

weilige Pandemiegeschehen ausgerichtete und sorgfältig ausgeführte Öffnungsstrategie erhöht die Erfolgschancen, dass wir nachhaltig zu einer Normalisierung kommen.“

Jörg-Uwe Sanio (Die Linke) begrüßt, dass durch die anfängliche Geschlossenheit der Landesregierung eine Havarie des Gesundheitswesens verhindert werden konnte. „Doch je länger die Einschränkungen des inzwischen vage gelockerten Lockdowns dauern, desto uneinheitlicher ist Grün-Schwarz im Handling mutiert“, moniert der Linke. Und die AfD übertreffe inzwischen SPD und FDP mit einer neuerlichen Feststellung von Haltlosigkeit.

Damit die gesamte Gesellschaft abgebildet wird

Wahlkampf | Kevin Kühnert zu Gast bei Jonas Hoffmann / Eine Regierung ohne Union anstreben

Kreis Lörrach (wer). Der Landtagswahlkampf ist im Endspurt. Weil die Corona-Pandemie und Eindämmungsmaßnahmen den klassischen Wahlkampf unmöglich machen, können prominente Parteikollegen nur per Internet um Unterstützung für die heimischen Kandidaten werben. Nachdem jüngst FDP-Chef Christian Lindner virtuell im Dreiländereck zu Gast war, begrüßte am Donnerstag Abend SPD-Landtagskandidat Jonas Hoff-

mann den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD, Kevin Kühnert. Dieser machte deutlich, dass der Ausgang der Landtagswahl auch für die Bundesebene wichtig sei, denn: „Wir brauchen eine Regierung ohne die Union“, erklärte Kühnert im Rahmen des virtuellen Kamingesprächs.

Baden-Württemberg sei jedenfalls bei der Umsetzung der Energiewende nicht positiv aufgefallen, daher brauche es unbedingt einen Politikwech-

sel. Das Zukunftsprogramm der Sozialdemokraten verdeutliche den Generationenwechsel, erklärte Kühnert. Er überschrieb das Wahlprogramm mit dem Titel: „Gemeinwohl statt Rendite“.

Das bedeute, dass der Staat wieder mehr in Eigenregie übernehmen müsse und nicht der Markt. „Denn die Mobilitätswende kann nicht marktgetrieben funktionieren“, verwies er auf die Unterschiede in städtischem und ländlichem Raum.



Kevin Kühnert Foto: Archiv

Stärker eingreifen müsse der Staat auch bei der Schaffung

günstigen Wohnraums. Boden dürfe kein Spekulationsgut mehr sein, erklärte Kühnert.

Ein weiterer Themen-schwerpunkt war der Gesundheitsbereich: Hier gebe es viele Fehlanreize, weshalb man den Kurs korrigieren wolle. „Weg von der Fallpauschale“, forderte der Gast aus Berlin. Überdies wolle man das Vorhalten von Betten und Personal nicht bestrafen, sondern fördern. Schnelles Internet gehöre ebenfalls zur

Daseinsvorsorge: Ziel im nächsten Jahrzehnt sei der Aufbau eines Gigabitnetzes – auch im ländlichen Raum. Weiter stehe eine staatliche Ausbildungsgarantie auf der Agenda. Sollte die duale Ausbildung mangels Betrieb nicht möglich sein, soll der Azubi dennoch im Rahmen einer Ausbildung einen vollqualifizierten Berufabschluss erhalten können. Ziel der Sozialdemokraten sei es zudem, die gesamte Gesellschaft abzubilden.